Factsheet MONITOR: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen

Der MONITOR Kinder und Jugendliche mit Behinderungen ist die Ergebnissicherung der Öffentlichen Sitzung 2025 „Aufwachsen mit Behinderungen: Meine Stimme ist wichtig!".
Der Unabhängige Monitoringausschuss ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung des „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" (UN-BRK). Er gibt in Angelegenheiten auf Bundesebene Empfehlungen und Stellungnahmen betreffend die Umsetzung der UN-BRK ab.

Artikel 7 UN-BRK und Umsetzung in Österreich

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sind – gleichberechtigt mit anderen Kindern und Jugendlichen – entsprechend Artikel 7 UN-BRK Adressat*innen aller Menschenrechte und Grundfreiheiten. Trotzdem stoßen sie auf zahlreiche Barrieren beim Aufwachsen, die ihnen auf ihrem Weg in ein selbstständiges Leben im Weg stehen.

Zentrale Problemlagen:

Stigmatisierung und Gewalt: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erfahren Ausgrenzung und Gewalt, insbesondere in Schule und Freizeit. Oft bleibt dies ohne Konsequenzen. Sensibilität für Behinderung und spezifische Gewaltformen fehlt. Sie verspüren den Druck sich anpassen zu müssen und ihre Behinderung möglichst unsichtbar zu machen. Liebe, Partnerschaft und Sexualität wird vielen abgesprochen oder durch fehlende Persönliche Assistenz und Privatsphäre erschwert.

Soziale Teilhabe: Da Freizeitangebote oft nicht barrierefrei sind und Unterstützung**,** wie Persönliche Assistenz, in der Freizeit fehlen, sind Kinder und Jugendliche stark von ihrer Familie abhängig. Schulfreundschaften sind wegen den weiten Schulwegen erschwert. Freundschaften am eigenen Wohnort gehen verloren, weil man nicht dieselbe Schule besuchen kann. Da entsprechende Unterstützung fehlt und inklusive Wohnmöglichkeiten stark reglementiert sind, können junge Menschen ihre Wohnform nicht frei wählen.

Selbstbestimmung und Partizipation: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen werden in Entscheidungen nicht einbezogen. Sie haben auch keine repräsentative Lobby. Unterstützung**,** die Partizipation und Selbstbestimmung ermöglicht, fehlt, insbesondere am Land, oder ist nicht für junge Menschen ausgerichtet. Es mangelt an barrierefreien Informationen über Unterstützungsangebote, Behördenwege und eigene Rechte. Viele verlieren das Vertrauen in Behörden. Die Abnabelung von der eigenen Familie ist so nur schwer möglich.

Arbeit und Ausbildung: Junge Menschen mit Behinderungen wollen arbeiten, ein eigenes Gehalt bekommen und sozialversichert sein. Es fehlen flächendeckende inklusive Lehrstellen und andere Berufsausbildungsmöglichkeiten, etwa vom AMS, und Informationen über bestehende Angebote. Viele fürchten sich vor einer Feststellung der Arbeitsunfähigkeit sowie dem „Abschieben" in Werkstätten.

Gesundheit: Ärzt*innen nehmen Beschwerden von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, besonders Mädchen und junge Frauen, nicht ernst. Es fehlt an Erklärungen in verständlicher Sprache und ausreichend Zeit sowie einer gesicherten Versorgung im psychosozialen Bereich. Letztere wird durch Einsparungen weiter verschlechtert.

Empfehlungen des Unabhängigen Monitoringausschuss:

Schutz und Entstigmatisierung:

- Unterbinden und Prävention von Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt.
- **Bewusstseinsbildung** und verpflichtende Schulungen für Fachpersonal.
- **Empowerment und Wissen** über die eigenen Rechte.
- **Sichtbarkeit** junger Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen.

Zugang zu Information und Gesundheit:

- **Barrierefreie, verständliche und altersgerechte** Informationen in allen Lebensbereichen sowie **unterstützte Kommunikation** und digitale Barrierefreiheit.
- Barrierefreie und altersgemäße **Informationsvermittlung** ohne zeitlichen Druck.
- **Verbesserte Zusammenarbeit** zwischen Schule, Familie, Vereinen und Medizin.
- Psychosoziale Gesundheit als Schulfach und Entstigmatisierung psychosozialer Behinderungen.
- Flächendeckende Sicherstellung von **psychiatrischer Versorgung**.
- Wissen über **Verschränkung von Geschlecht und Behinderung** im Gesundheitsbereich und Sensibilisierung des Fachpersonals.

Persönliche Assistenz:

- Bundesweit einheitliche, bedarfsgerechte, flexible und jugendgerechte Persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen, insbesondere in Freizeit und Schule.
- **Multiprofessionelle** Organisation der Unterstützungsleistungen.
- Schaffung einer zentralen, niederschwelligen **Anlaufstelle** für alle Unterstützungsleistungen sowie einer barrierefreien Antragstellung.
- Barrierefreie **Information** über Anlaufstellen und Unterstützungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, insbesondere zu ihren Rechten und Pflichten als Assistenznehmer*innen.
- Flexibel einsetzbare **Springer*innenpools** an Assistent*innen und Notfall-Unterstützung, insbesondere im ländlichen Raum.
- Klar geregelte **Stundensätze** für Persönliche Assistent*innen und ausreichend finanzielle Mittel.
- **Harmonisierung** der Leistungskataloge.

Freizeit und Freizeitassistenz:

- Barrierefreie inklusive **Freizeit- und Kulturangebote** und flexible Freizeitassistenz.
- **Rechtsanspruch auf (Freizeit-)Assistenz** für Kinder und Jugendliche, insbesondere mit hohem Unterstützungsbedarf und/oder im vollbetreuten Wohnen.

Bildung:

- Rechtsanspruch auf **bedarfsgerechte Schulassistenz** in allen Schulformen und für alle Schüler*innen mit Behinderungen.
- **Inklusives** Bildungssystem und **Abbau von Sonderschulen**.

Selbstbestimmung und Partizipation:

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und ihre Organisationen im öffentlichen Diskurs **und strukturell, organisatorisch und finanziell abgesicherte Beteiligung**.
- Eigene **Interessenvertretung** für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen.

Liebe und Partnerschaft:

- **Privatsphäre, Persönliche Assistenz** von Kindheit an sowie alters- und behinderungsgerechte **sexuelle Aufklärung**.
- **Sichtbarkeit** von Menschen mit Behinderungen in Partnerschaften und Familien sowie Maßnahmen zur **Entstigmatisierung** und Bewusstseinsbildung.
- **Schulung** des sozialen Umfelds und Erwachsenenvertreter*innen.

Wohnen:

- **Wahlrecht und Rechtsanspruch** auf selbstbestimmtes Wohnen und Förderung inklusiver Wohngemeinschaften auf Augenhöhe.
- Langfristige und nachhaltige **De-Institutionalisierungsstrategien** mit koordiniertem politischem Prozess.
- **Ausreichend Personal** im vollbetreuten Wohnen.
- Ausbau öffentlich finanzierter **Unterstützungssysteme**.

Ausbildung und Beschäftigung:

- Bei **Feststellung der Arbeitsunfähigkeit**: Fokus auf Kompetenzen statt Defizite.
- Überarbeitung des **Ausgleichstaxensystems** und stärkere Verpflichtung von Unternehmen.
- Zugang zum **ersten Arbeitsmarkt** durch gezielte Maßnahmen.
- **Absicherung durch Lohn und Sozialversicherung** für alle Menschen mit Behinderungen.
- **Anspruch auf Arbeitsassistenz**, v.a. bei Teilqualifizierung am Arbeitsplatz.
- Teilqualifizierung, berufliche Unterstützung und Förderungen als Weg zum ersten Arbeitsmarkt, nicht als Endstation.

Factsheet in Leichter Sprache: https://www.monitoringausschuss.at/wp-content/uploads/2026/11/Factsheet-Monitor-2025_A2.pdf
Factsheet in ÖGS: https://youtube.com/playlist?list=PLGY3U5dlM_TY&si=_C-NjjMVVMhsIxt5

Den gesamten MONITOR Kinder und Jugendliche mit Behinderungen hier nachlesen: : https://www.monitoringausschuss.at/stellungnahme/monitor-kinder-und-jugendliche-mit-behinderungen